

Für Sachsen

Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Landkreis Leipzig

DIE LINKE.



Unser Land braucht endlich neue Impulse

Zugegeben: Sachsen hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche finanzielle und ökonomische Entwicklung vollzogen. Das ist die Leistung aller hier lebenden Menschen. Dennoch entwickelt sich Sachsen nicht ohne Widersprüche: Seit über zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau der alten Länder. Im Freistaat selbst sind die Einkommensunterschiede gewachsen. Sachsen hat unter den neuen Bundesländern den niedrigsten Anteil von Sozialausgaben, wälzt die Finanzierung der sozialen Daseinsfürsorge auf die Kommunen ab. In keinem Bundesland ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker höher, die Dauer der Erwerbslosigkeit länger. In kaum einem anderen Land sind die Investitionen in Schule und Hochschule so niedrig wie hier. Gravierende Probleme im Land bleiben

ungelöst, die Staatsregierung verspielt so Sachsens Zukunft. Wir sind der Meinung: Es ist Zeit für eine Wende. Wir wollen, dass einmal mehr die Fenster geöffnet werden, um frischen Wind hereinzulassen. Ein neuer demokratisch-kultureller Aufbruch ist notwendig. DIE LINKE ist dabei die Partei der sozialen Frage: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt bilden die Leit motive unserer Politik. Doch wir sind auch eine Partei der Freiheit. Alle Menschen sollen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben. Wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Verantwortung tragen können. Wir wollen nicht Vormund sein. Aber wir wollen, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Uns geht es dabei nicht um uns selbst. Wir sind nicht scharf da-

rauf, Regierungsposten zu ergattern. Dass wir auch starke Opposition sein können, haben wir bewiesen. Doch wir wissen auch: Wir können besser regieren als die jetzige Regierung. Dafür benötigen wir auch Partner. Unser Angebot für einen Politikwechsel richtet sich deshalb sowohl an die Menschen im Freistaat als auch an die politischen Mitbewerber. Gemeinsam können wir den Aufbruch für Sachsen schaffen. Allerdings: Andere Parteien fordern zwar den Politikwechsel im Freistaat, würden sich jedoch auch als Juniorpartner der Union anbieten. Wir dagegen können eine Koalition mit der CDU ausschließen. Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme, die im Zweifelsfall nicht der Lebensverlängerung der Union in der Regierung hilft. Darum möchte ich Sie bitten: Gehen Sie am

31. August zur Wahl. Und wählen Sie mit beiden Stimmen DIE LINKE. Für ein besseres Leben in Sachsen.

Rico Gebhardt



Rico Gebhardt (51) ist Spitzenkandidat der sächsischen LINKEN zur Landtagswahl 2014. Der gelernte Koch engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Aue und im Kreistag, bevor er 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt wurde. Seit 2009 ist er Vorsitzender der sächsischen LINKEN, seit 2012 Fraktionsvorsitzender im Landtag.

PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind: eine Übernachtung und ein Abendessen für zwei in Aue, ein Abonnement der Zeitung *neues deutschland* und weitere Preise ...
Seite 8

Besser leben in Sachsen

Wir haben konkrete Vorschläge, wie wir den Freistaat verbessern wollen. Unsere Ziele für Sachsen finden Sie auf **Seite 2**



Machbar und finanzierbar

Glauben Sie niemandem, der behauptet, unsere Forderungen seien nicht bezahlbar. Warum, erfahren Sie auf **Seite 2**

Leben im Alter im ländlichen Raum

Welche Rahmenbedingungen sich ändern müssen, lesen Sie auf **Seite 3**



Unsere Kandidierenden zur Landtagswahl

Die vier Direktkandidierenden im Landkreis Leipzig stellen sich vor auf den **Seiten 4-5**

Nach den Wahlabsagen

Warum sich das Kommunalwahlrecht ändern muss. **Seite 5**

Kurz und knapp

Ganz konkret können wir gemeinsam mehr erreichen. Beispiele dafür stellen wir Ihnen genauer vor auf den **Seiten 6-7**



Ganz einfach Briefwahl!

Gerade, wenn der Wahltermin am 31. August auf dem letzten Ferientag liegt, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass Sie an dem Tag keine Zeit haben, wählen zu gehen. Aber nicht nur dann ist Briefwahl eine gute Idee. Wissen Sie vielleicht

schon, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen. Der Stimmzettel kommt ganz bequem per Post zu Ihnen nach Hause. Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück. Ihnen entstehen keine Kosten. Briefwahlunterlagen erhalten Sie ganz einfach: Füllen Sie die Rückseite der Wahlbenachrichtigung aus und schicken Sie sie

zurück. Es muss kein Grund angegeben werden. In einigen Städten und Gemeinden können Sie Briefwahlunterlagen auch online bestellen. Sie können Ihre Stimmzettel aber auch direkt bei der Briefwahlstelle während der Öffnungszeiten beantragen und noch vor Ort wählen. Stimmzettel erhalten Sie etwa vier Wochen vor der Wahl. Wich-

tig ist, dass diese am 31. August spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind. Füllen Sie sie nach Erhalt einfach sofort aus und schicken Sie sie zurück. Übrigens: Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15 Uhr, im Wahlamt beantragen. Rufen Sie dann schnellstmöglich in Ihrem Wahlamt an.

Versprochen: machbar und finanzierbar

Ja, wir wollen Geld ausgeben für Bildung, für Schulen und Hochschulen. Für soziale Belange, Kultur, Verkehr. Wir wollen Wirtschaft nachhaltig fördern und uns für die Umwelt starkmachen. Das alles kostet. Aber es sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.

Die CDU wird nicht müde zu behaupten, wir könnten nicht mit Geld umgehen, mit uns drohten neue Schuldenberge. Aber: Glauben Sie niemandem, der oder die behauptet, unsere Vorstellungen wären nicht finanzierbar. Seit 2001 stellt unsere Fraktion im Landtag alternative Landeshaushalte auf. Ohne einen Cent mehr auszugeben, als der Haushaltsansatz der Staatsregierung vorgibt, zeigen wir, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld eine andere Politik im Sinne sozialer Gerechtigkeit, der Kommunen, von Bildung und Kultur finanzieren können. Mehr als eine Milliarde Euro wurde von uns dafür im letzten Doppelhaushalt umgeschichtet.

Erblasten trägt allein die CDU: Durch verantwortungslose Spekulation hat sie dem Freistaat milliardenschwere Belastungen aufgebürdet. Allein die Rettung der Landesbank kostet uns alle bis zu 2,7 Milliarden Euro. Genauso viel Geld erhält der Freistaat übrigens in der nächsten Förderperiode der Europäischen Union aus ESF- und EFRE-Töpfen. Das heißt also, die CDU hat Geld im Gegenwert von Investitionsmitteln der Europäischen Union für Sachsen für die Dauer von sieben Jahren verbrannt. Angesichts des Investitionsstaus im Freistaat hätte man also jeden Förder-Euro ganz einfach verdoppeln können. Das Geld ist jedoch unwiederbringlich verloren. Wer kann also in Sachsen mit Geld nicht umgehen?

Klar: Sparen klingt erst einmal gut. Derzeit bildet der Freistaat Rücklagen, sitzt auf prall gefüllten Geldsäcken – auch wenn anderes behauptet wird. Gleichzeitig verschärft sich die kommunale Armut, fehlen Lehrer, Polizisten, verfällt die Infrastruktur. Das ist verantwortungslos. Angesichts von Niedrigzinsen verbrennt der Freistaat Geld: Jeder ungenutzte Euro ist nächstes Jahr weniger wert. Rund eine Milliarde Euro wären sofort verfügbar. Wir finden: Dies in das Land und seine Menschen zu investieren, ist nachhaltiger. Wir sagen: Wer Geld anders einsetzen will, handelt nicht unverantwortlich. Im Gegenteil: Er fördert die notwendige Entwicklung des Freistaates. Wir werden deshalb neue Akzente setzen. Und das ganz ohne neue Schulden, aber mit Ideen, die der CDU schon längst ausgegangen sind.



Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat wollen wir eine Politik entwickeln, die Sachsen gerecht wird, weil sie uns allen ein Leben in Menschenwürde garantiert. Und das ist nicht einfach ein so dahingehender Ausspruch. Viel zu oft agiert Politik fernab von den Betroffenen und an ihnen vorbei. Viel zu oft meinen Parteien, dass sie den Menschen sagen müssen, wie sie leben wollen. Politik muss umdenken, wie sie Politik gestalten will, integrativ, sinnvoll und nachhaltig. Dafür haben wir Ideen ebenso wie inhaltliche Arbeitsschwerpunkte. Wir wollen ein Sachsen, in dem Umwelt, Energie und Lebensqualität nicht in Widerspruch geraten. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat stärken, die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte, ihre Sicherheit weiterentwickeln und schützen. Wir wollen eine Politik für alle hier lebenden Menschen.

Unser Ziel bleibt dabei die soziale Gerechtigkeit. Sie ist dann erreicht, wenn jede und jeder ihre bzw. seine Fähigkeiten entfalten kann, sich damit in die Gesellschaft einbringen kann und bei der Verteilung aller Güter angemessen berücksichtigt wird. Wer Hilfe braucht, soll sich der Solidarität sicher sein. Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die flächendeckende Gesundheitsversorgung, ein stabiles Rettungswesen und zugehörige Verwaltungsstrukturen, die den Menschen helfen, statt sie zu bevormunden, gehört deshalb in öffentliche Hand.



Soziales und Wirtschaft sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen deshalb die weitere wirtschaftliche Ent-

Gemeinsam für ein besseres Leben in Sachsen

Programmatische Eckpunkte zur Landtagswahl 2014

wicklung Sachsens stärken. Die Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit den in Sachsen ansässigen Unternehmen ist dabei Schlüssel für eine zukunftsfähige Industrie. Zugleich wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, weil gerade bei ihnen die Wertschöpfungsketten fast komplett in Sachsen bleiben. Um Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu erhalten, soll sich der Freistaat an der Kapitalausstattung von Firmenneugründungen und Firmen mit zeitweiligen wirtschaftlichen Problemen beteiligen können. In der Regel können gerade hier gegründete und ansässige Unternehmen nur wenig für Zahlungsverzug, der schwer zu überbrücken ist und oft das Aus bedeutet. Wir halten dabei wenig von der Förderung sogenannter Leuchttürme, die sich bei auslaufenden Subventionen auch schnell wieder aus Sachsen verabschieden.



Sachsen braucht ein Landesarbeitsmarktprogramm mit den Schwerpunkten berufliche Weiterbildung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Abbau von Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit. Der Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten soll die Vernetzung kleiner und mittlerer Unternehmen stärken.

Dabei gilt immer: Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht akzeptabel. Es ist verantwortungslos, wenn die CDU diese als Standortvorteil in Sachsen verkauft. Wir setzen weiterhin auf tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch auf einen angemessenen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ohne die Schlupflöcher, welche die große Koalition bereits jetzt plant. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll dies ebenso verbindliche Bedingung werden wie die Einhaltung von Umweltstandards.



Bildung ist für uns keine Ware, sondern ein Grundrecht. Sie darf nicht von finanziellen Zwängen abhängen und muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Wir benötigen mehr Personal in Kitas, Schulen und Universitäten. Längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein Gebot der Stunde. Wir wollen gemeinsames Lernen bis Klasse 8, eine Klassenstärke von maximal 20 Schülerinnen und Schülern, egal in welcher Klassenstufe, sowie den Ausbau der individuellen Förderangebote in der Regelschule. Diese Vorstellungen sind in Ganztagschulen am besten zu verwirklichen. Wir werden für eine demokratisch und transparent erarbeitete Schulnetzplanung sorgen. Zur Bildung gehört Sport, weshalb wir den Vereinssport fördern, Sportstätten für den Schul- und Vereinssport erhalten und ausbauen werden.

Weil es normal ist, verschieden zu sein, wollen wir die Inklusion. Das heißt, die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung zum Normalfall zu machen. Dabei werden die Unterschiede nicht verwischt oder gar ignoriert. Wir bekennen uns vielmehr gerade hier zum Ausbau individueller Fördermaßnahmen, wollen aber zugleich das solidarische Zusammenleben entwickeln.



Wir bekennen uns zum dualen System als Regelfall in der Berufsausbildung. Es muss aber ergänzt werden durch die Förderung der beruflichen Erstausbildung auch über das 25. Lebensjahr hinaus. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss brauchen wir wirkungsvolle nachholende Ausbildungsinitiativen. Denn niemand darf verlorengehen.

Die Universitäten und Hochschulen stehen in besonderer Verantwortung des Landes. Sie dürfen als Stätten der wichtigsten Innovationen nicht kleinteiliger Sparsparn ausgesetzt werden. Wissenschaft und Lehre sollen frei sein. Frei von Profitorientierung, geschützt vor dem Missbrauch durch militärische Forschung. Das ist ein hohes Gut. Wir werden deshalb die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten und Hochschulen ausbauen. Und wir werden uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Lehre und Forschung sowie attraktive Arbeits- und Studienbedingungen einsetzen.

Wir setzen uns ein für eine vielfältige Kulturlandschaft, die allen Menschen zugänglich ist, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Wir treten für eine Erhöhung des Anteils der Kultur Ausgaben am Landeshaushalt ein. Steigende Personal- und Sachkosten dürfen nicht zu Lasten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abgewälzt werden.



Sachsen hat die Wahl: Und auf uns können Sie sich verlassen.

Vertiefende Informationen zu unseren programmatischen Vorstellungen finden Sie auf unserer Website www.dielinke-sachsen.de/wahlprogramm.

Wenn Sie Fragen haben, schicken Sie uns eine Mail an kontakt@dielinke-sachsen.de.



Leben im Alter im ländlichen Raum ermöglichen

Welche Rahmenbedingungen setzt die Staatsregierung, um den Seniorinnen und Senioren auch im hohen Alter ein würdevolles und selbständiges Leben im ländlichen Raum ermöglichen zu können? Unter anderem im Landesentwicklungsplan nennt sie Ziele und Grundsätze. Der ländliche Raum soll mit seinen Teilräumen zu einem eigenständigen Lebens-, Wirtschafts- und Naturraum entwickelt werden. Eine Doppelstrategie soll zum Ziel führen. Sie beinhaltet eine Anpassung der regionalen

Strukturen an die angenommene Abnahme der Bevölkerung. Es wird eine zentralörtliche Versorgung angepriesen, die die Kommunen sichern sollen. Wunderschön, aber was weiß die Staatsregierung wirklich? In einer Großen Anfrage der Linksfraktion hat die Staatsregierung zum Thema ländlicher Raum von 119 Fragen nur 25 beantwortet, 38 teilweise und 56 gar nicht. Mit unterschiedlichen Begründungen. Weiß sie nichts, will sie nichts wissen, oder ist es ihr gleichgültig? Die Lebensbedingungen zeigen ein ande-

res Bild: Die Ungleichheit der Lebensbedingungen steigt, der ländliche Raum ist durch eine diffuse Entwicklung geprägt, die öffentliche Daseinsvorsorge ist nicht mehr finanzierbar, die Lasten der Bürgerinnen und Bürger steigen, und die sozialen Aktivitäten gehen zurück. Da drängen die Seniorinnen und Senioren auf Veränderungen: Um würdevoll selbstbestimmt im Alter leben zu können, brauchen wir neben einem ausreichenden Einkommen Wohnbedingungen, die der Lebenslage entsprechen. Einen ÖPNV, der auf die

Bedürfnisse Älterer ausgerichtet ist und nicht auf Profit. Eine medizinische Versorgung, die zu den Menschen geht, und nicht umgekehrt. Selbstbestimmt bedeutet auch selbstbestimmt die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs vorzufinden. Reden dürfen wir, aber wirkliche Mitarbeit ist nur über ein Seniorenmitwirkungsgesetz in Sachsen gewährleistet. Aber das lehnt die jetzige Mehrheit im Landtag ab. Also auch im Interesse der Seniorinnen und Senioren: Andere Mehrheiten müssen her.

Kitas müssen allen Kindern offenstehen

In Wurzen haben engagierte Elternräte eine Petition initiiert und über 70 000 Unterschriften gesammelt, um eine dringend notwendige Verbesserung des Personalschlüssels in Sachsens Kitas zu erreichen. Ministerpräsident Tillich versprach, diesem Anliegen entgegenzukommen. Die Realität ist aber

eine andere: Nach neun Jahren will die Regierung ab 2015 die Kitapauschale erhöhen. Pro Kind und Jahr sollen dann 185 Euro mehr fließen. Diese Erhöhung kompensiert nicht einmal die Kostenentwicklung und die Anpassung an die Inflationsrate der vergangenen Jahre, geschweige denn die Anfor-

derungen an die pädagogischen Fachkräfte, die in Sachsen mit der verbindlichen Einführung des Sächsischen Bildungsplanes 2005/2006 enorm gestiegen sind. Damals drängte die zuständige Sozialministerin Orosz mit Einführung des Bildungsplanes bewusst auf eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Passiert ist in den letzten zehn Jahren nichts. Noch immer hat Sachsen den bundesweit schlechtesten Betreuungsschlüssel. Da eine Veränderung der Gruppengröße nicht auf Kosten der Qualifikation gehen kann, setzt sich DIE LINKE für eine schrittweise Verbesserung ein. Kurzfristig sollte der Schlüssel auf 1:5 in der Krippe, 1:12 in der Kita und 1:20 im Hort, mittelfristig auf 1:4 in der Krippe und 1:10 in der Kita gesenkt werden. Das setzt aber eine deutliche Erhöhung der Landespauschale voraus. Wir wollen eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung. Darum müssen die Ausgaben im Landeshaus-

halt den Aufgaben folgen und nicht anders herum. Die Bildungsangebote in den Kindertagesstätten und Horten in unserem Landkreis müssen allen Kindern uneingeschränkt offenstehen. Der Kreistag beschloss aber eine Beschränkung für die Übernahme des Elternbeitrages für antragstellende Eltern bzw. Elternteile, die nicht im Arbeitsprozess stehen. Wir sind der Meinung, dass frühkindliche Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Gerade die Kinder von erwerbslosen Eltern bedürfen einer besonderen Fürsorge durch unsere Gesellschaft. Kinder brauchen Chancengerechtigkeit und damit ein vielfältiges und förderndes Angebot. Es sind die Startchancen in den ersten sechs Lebensjahren, die in hohem Maße über den späteren Lebensweg und die Lebenskarriere entscheiden. Deshalb ist der Zugang aller Kinder zu Betreuung mit Qualität so entscheidend. Ein familienfreundlicher Landkreis darf keine soziale Auslese im Bildungsbereich betreiben.



Was tun, wenn's brennt?

Brandschutz und Brandbekämpfung, aber auch unzählige Einsätze im Katastrophenschutz sowie in alltäglichen Problemlagen – all das sind Wirkungsfelder der Freiwilligen Feuerwehren. Die Kameradinnen und Kameraden leisten ihren Dienst am Gemeinwesen ehrenamtlich. Oft genug geraten sie dabei in Kollision mit ihren beruflichen Anforderungen. Zudem ist die Ausrüstung der Feuerwehren oft von der Kassenlage der Kommunen abhängig. Hier steht insbesondere der Freistaat in der Verantwortung, eine den Einsatzanforderungen angemessene Ausrüstung zu fördern.

Die gängige Praxis Sachsens zur Fahrzeugförderung ist aber unrealistisch. Viele Freiwillige Feuerwehren müssen veraltete Fahrzeuge nutzen. Selbst diejenigen, die nicht mehr auf DDR-Bestand ausrücken, kommen in Beschaffungsnot. Ein Löschfahrzeug wird mit weniger als der Hälfte des Neupreises gefördert. Für Kommunen sind das Kosten von bis zu 150.000 Euro. Neuanschaffungen sind so oft nicht möglich. Die Ausbildung der Kameradinnen und Kameraden muss uns besonders interessieren. Die Förderung der Freiwilligen Feuerwehren läuft auf Sparflamme. Für ein sicheres Leben ist es aber notwendig, dass wir auf gut ausgebildete und ausgerüstete Brandschützer bauen können. Dazu gehört, dass wir die Feuerwehrtechnischen Zentren im Landkreis Leipzig dauerhaft erhalten. Auch der Nachwuchs spielt eine besondere Rolle: Viele junge Menschen zieht es mit Beginn einer Ausbildung oder eines Studiums in die weite Welt. Die Freiwilligen Feuerwehren bleiben ohne Personal zurück. Hier benötigen wir dringend Anreize, die dabei helfen, die Einsatzstärke der Feuerwehr dauerhaft zu erhalten.





Wie wird zur Landtagswahl gewählt?

Die Sächsische Landesverfassung schreibt vor, dass der Landtag aus mindestens 120 Abgeordneten besteht. Von diesen 120 werden 60 Abgeordnete von den Wählerinnen und Wählern in ihrem Wahlkreis direkt in den Landtag gewählt. Die Direktkandidatinnen und -kandidaten wählen Sie mit Ihrer Erststimme. In den Landtag zieht die Direktkandidatin oder der Direktkandidat ein, die oder der die meisten Erststimmen auf sich vereinigen kann. Hierfür reicht also die relative Mehrheit. Über die Größe der Fraktionen und damit über die Zusammensetzung des Landtages entscheiden Sie jedoch mit Ihrer Zweitstimme. Mit dieser wählen Sie die Partei. Alle Parteien, die mehr als fünf Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, ziehen in den Sächsischen Landtag ein. Gemäß ihrem Zweitstimmenanteil werden die Sitze im Landtag verteilt.

Gewinnen mehr Direktkandidatinnen und -kandidaten einer Partei ihren Wahlkreis, als der Partei nach Zweitstimmen zustehen würde, so dürfen diese trotzdem in den Landtag einziehen. Das sind sogenannte Überhangmandate. In Sachsen werden diese ausgeglichen. Das heißt, die anderen Parteien erhalten jeweils zusätzlich so viele Sitze, dass die Größe Ihrer Fraktion dem Zweitstimmenergebnis entspricht. Aktuell sitzen deshalb 132 Abgeordnete im Sächsischen Landtag.

Das heißt also: Mit der Zweitstimme machen Sie die Partei stark, die Sie im Landtag vertreten soll. Mit der Erststimme schicken Sie die Abgeordnete oder den Abgeordneten aus Ihrem Wahlkreis in den Landtag. Unser Tipp: Wählen Sie einfach mit beiden Stimmen DIE LINKE. Denn wir sind Ihre Sozialversicherung im Landtag.

Gregor Gysi kommt:

am 14. August 2014
ab 13 Uhr
in das Kulturhaus Böhlen

Barrierefrei mobil in unserer Region



Ich selbst bin neuerdings viel mit dem Fahrrad unterwegs. Mit dem S-Bahn-Netz von Borna nach Dresden. Zumindest zum Bahnhof, und in Dresden zum Landtag.

Diese neue Reisefreiheit hat ihre Tücken. Wer morgens zum Bahnhof und schnell am Gleis 1 in die S4 nach Leipzig eilt, dem fällt es nicht auf. Der Bornaer Bahnhof ist alles andere als barrierefrei. Nun gut, jung und stark, nehme ich mein Fahr-

rad in die Hand und trage es treppab, treppauf auf den Mittelbahnsteig oder abends eben von dort zurück.

Was aber machen Sie, die mit Kinderwagen oder Rollator unterwegs, auf Rollstühle aller Art angewiesen sind? Wie kommen ältere Mitmenschen mit Handstützen gefahrlos und ohne »Kopfstände« in den Zug? Mobilität soll das S-Bahn-System in Verbindung mit Neuerungen des Busverkehrs bringen. Eigentlich

für jede und jeden. Borna hat zwar wieder ein eigenes Reisezentrum. Doch der Bahnhof bleibt ein Hindernis. Deshalb habe ich die Bornaer Oberbürgermeisterin, der die Situation seit langem ein Dorn im Auge ist, und den Zweckverbandsgeschäftsführer, der die Dienstleistungen der S-Bahn bestellt und bezahlt, gemeinsam mit Vertretern der Deutschen Bahn an einen Tisch gebracht. Wir wollen uns nicht verträsten lassen, eine sinnvolle Lösung muss in den kommenden sieben Jahre umgesetzt werden. Wir wollen ein gemeinsames Engagement von Stadt, Landkreis, ZVNL und Land erreichen, um die Deutsche Bahn zu überzeugen, dass der Bornaer Bahnhof, der die Fahrgastzahlen erreicht, die intern für einen entsprechenden Umbau als erforderlich angesehen werden, schnellstens umgestaltet werden muss. Die Entscheidungen müssen getroffen werden, Planung und Finanzierung in Sack und Tüten gebracht werden. Auch um das Reisezentrum hatte die Oberbürgermeisterin lange gekämpft.

Und die Verbesserung des Busverkehrs, die Erreichbarkeit von Gemeinden im ländlichen Raum, das ist der nächste Baustein in diesem Puzzle für eine

Mobilität in unserer Region, die unabhängiger machen soll und kann vom Auto. Das ist bei einer statistisch älter werdenden Bevölkerung auch dringend geboten, ebenso für die Jungen und Jüngsten. Haltestellenausbau, Fahrradmitnahme im Bus, mehr Busse am Tag bis zum Abend. Das ist die Aufgabe, vor der wir gemeinsam stehen.

Im Landtag will ich für diese Aufgabe arbeiten, gemeinsam mit den Fahrgastvertretungen und mit den Kommunalvertretern im Kreistag sowie den Städten und Gemeinden.



Enrico Stange

ist gelernter Versicherungsfachmann, 45 Jahre alt und seit 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags. Er kandidiert im Wahlkreis 23 – Leipzig Land 1.

Anliegen vor Ort kraftvoll in den Landtag tragen

Für eine sozial gerechte, ökologische, antifaschistische und bürgernahe Politik. Dafür steht Heike Werner. »Dazu gehört der freie Zugang eines jeden Menschen zu Bildung. Deshalb kämpfe ich für längeres gemeinsames Lernen und tatsächlich kostenfreie Lernmittel, für die Abschaffung von Einschränkungen für Kinder arbeitsloser Eltern bei dem Besuch der Kita bis hin zu kostenfreiem Mittagessen«, sagt

sie. Kurzfristig geht es ihr dabei auch um den Erhalt der vorhandenen Schulstandorte. Und um die Einführung eines Sozialtickets. »Teilhabe bedeutet auch, mobil zu sein, und es ist ökologisch sinnvoll, mit einem Sozialticket in Bus und Bahn zu investieren und auch Menschen mit kleinem Geldbeutel die Nutzung dieser zu ermöglichen«, da ist sie sich sicher.

Heike Werner wurde 1969 in Ber-

lin geboren und ist in Zwickau aufgewachsen. Bevor sie in den Sächsischen Landtag einzog, studierte sie Erziehungswissenschaft an der Universität Leipzig. Sie engagierte sich in der Friedensbewegung, war in der Bosnienhilfe aktiv, arbeitete im StudentInnenrat und beförderte ein selbstverwaltetes Kita-Projekt. Seit 1999 lebt sie in Markkleeberg. »Landtagsabgeordnete wurde ich mit 30 Jahren«, erzählt sie. »Dort waren anfänglich Bildungs- und Gleichstellungspolitik meine Arbeitsgebiete. Seit 2009 bin ich familienpolitische Sprecherin und Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Verbraucherschutz.« Darüber hinaus hat sie 2009 den Vorsitz der LINKEN-Kreistagsfraktion Landkreis Leipzig übernommen. »Auch um näher mit Menschen und in Initiativen, wie dem Kulturbahnhof e. V., der Kulturloge Region Leipzig oder dem Runden Tisch Migration, zu arbeiten.« Privat steht sie auf einem soliden Fundament: »Ich habe das große Glück, in einer Art Mehrgenerationenhaus leben zu dürfen. Neben mir und meinen Kindern sind da noch meine Mutter, ein Bruder, Hund und Katze. Das ist nicht nur wertvolle Unterstützung, sondern Basis meiner Arbeit.« Und eine Antwort darauf,

was sie antreibt. »Durch die Kinder, meine Mutter, Freundinnen und Freunde gibt es ein großes soziales Netzwerk, erlebe ich viel Solidarität.« Besonders sorgt sie eine zunehmende Verdrossenheit: »Politiker/-innen scheinen nicht vertrauenswürdig, Möglichkeiten der Veränderung gering.« Dabei biete das politische System durchaus Einfluss. »Möglichkeiten, die sich aus der parlamentarischen Arbeit ergeben, möchte ich gemeinsam mit den Menschen hier nutzen. Nicht als Stellvertreterpolitik, sondern Ressourcen und Unterstützung geben, um Anliegen zu realisieren und diese kraftvoll in den Landtag zu tragen.«



Heike Werner

kandidiert im Wahlkreis 24 – Leipzig Land 2.





»So etwas sollte die Opposition nicht zulassen«

Manchmal können Erfolge zugleich Misserfolge sein. Warum strengt man sich überhaupt noch an, wenn die Verantwortlichen für ein Fehlverhalten praktisch noch belohnt werden? Wie sollen die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in staatliches Handeln bewahren, wenn sie sehen, dass die »Kleinen« mal wieder bestraft werden und die »Großen« zugleich ungeschoren bleiben? Diese Zweifel sind nicht selten. Doch manchmal kommt dann ein Brief eines Bürgers, der mit solch einer Zeile endet: »So etwas sollte die Opposition nicht zulassen.« Nein, das sollte sie wirklich nicht. Das darf sie nicht.

Gerade dann nicht, wenn die Verantwortlichen Beamte der Polizei sind. Die Polizei ist dazu da, Straftaten zu verhindern und Täter zu ermitteln. Sie ist nicht dazu da, selbst Straftaten zu begehen. Das aber war in Leipzig geschehen. Bei einer Demonstration, die friedlich verlief. Eigentlich. Doch anschließend klagten Teilnehmende über Reizungen der Haut, der Augen, der Atemwege. Die Polizei bestritt vehement, Reizstoffe eingesetzt zu haben. Nur reines Wasser! Ehrenwort!

Das Ehrenwort war nicht viel wert. Es stellte sich heraus, dass mit Feuerlöschern Frostschutzmittel versprüht worden war, das giftige Substanzen enthält. Und selbstverständlich nicht gegen Menschen eingesetzt werden darf. Dem Dementi folgte baldigst ein kleinlautes Eingeständnis.

Eine Kleine Anfrage hatte es ans Tageslicht gebracht. Neuerliche Nachfragen im Innenausschuss offenbarten, dass das keine Premiere war. Auch in Dresden war die Bereitschaftspolizei so vorgegangen. Gegen Fußballfans. Der Landespolizeipräsident prüfe, so der Innenminister. Gegen die betreffenden Beamten werde ermittelt, so der Minister weiter. Wenige Wochen später wurde der Chef der Bereitschaftspolizei versetzt. Eine Strafe war das eigentlich nicht. Er fiel – wie so oft – die Treppe hinauf. Jetzt sitzt er im Ministerium. Gegen seine Untergebenen wird weiter ermittelt.

»So etwas sollte Opposition nicht zulassen.« Nein, wird sie auch nicht. Versprochen. Wir bleiben am Ball.



Kerstin Köditz

abgeschlossenes Philosophiestudium, ist 47 Jahre alt und wohnt in Grimma. Sie ist seit 2001 Landtagsabgeordnete und kandidiert im Wahlkreis 25 – Leipzig Land 3.

Solidarität konkret: den großen Kuchen besser verteilen!

»Wer vom Wohle der Region spricht, muss auch so handeln«, konstatiert René Jalaß. Die CDU handele aber nicht nach ihren warmen Worten. Die Pauschale für die Jugendarbeit wurde drastisch gekürzt, in der Folge sind die Angebote zurückgegangen oder Einrichtungen wurden geschlossen. Mittel für den öffentlichen Nahverkehr werden nicht vollständig dafür verwendet, was im ländlichen Raum wie Gift wirkt. Das Geld für Verbesserungen sei zwar da, so Jalaß, »es muss aber auch für diese Bereiche eingesetzt werden.« Wenn die Diäten erhöht werden sollen, seien CDU und FDP sofort zur Stelle. »Wollen wir aber mal einen Euro für Kinder und Jugendliche beantragen, warten wir oft Wochen auf das sichere Nein. Das muss endlich aufhören!«

Auch der Hochwasserschutz bewegt Jalaß. »Wenn man sich in den betroffenen Kommunen umhört«, meint der Muldentaler, der im Wahlkreis 31 kandidiert, »reichen schon ein paar Starkregentage wie im Mai, um den Leuten die Nackenhaare aufzustellen.« Viele Menschen hier waren stark betroffen und haben einfach Angst.

»Der Freistaat bequemte sich nach der letzten Flut, den Betroffenen die Fassadenfarbe zu ersetzen. Dass davon aber kein Kühlschrank und kein Kinderbett gekauft werden kann, wird ignoriert.« Im Landtag hatte die Linksfraktion einen Antrag für eine bezahlbare Elementarschädenversicherung gestellt. Die Staatsregierung sollte beauftragt werden, sich für eine einheitliche Schutzregelung starkzumachen. »Ergebnis: Der Antrag wurde abgelehnt. Falsch daran war aber nicht der

Inhalt, sondern der Absender«, so Jalaß.

Und auch das Ehrenamt lässt ihm keine Ruhe: »Wer etwas für das Ehrenamt tun möchte, kann sich mit der Verteilung von Bußgeldern an gemeinnützige Einrichtungen befassen«, meint Jalaß. Der 31-jährige Sozialarbeiter ist sich sicher: Das bisherige Vergabeverfahren ist intransparent und zu undemokratisch. »Es gibt viele Initiativen und Vereine, die tolle Arbeit leisten, aber nur einige wenige, die vom großen Kuchen etwas abbekommen.« Das läge unter anderem daran, dass Richter in Sachsen ganz allein entscheiden, wer eine Zuwendung erhält. »Das ist ein Vorteil für große Vereine, die sich gute Lobbyarbeit leisten können. Kleine Initiativen haben oft nicht einmal einen Flyer, um sich bekannt zu machen.« Der Landtag könne hier Abhilfe und Erleichterung schaffen. »Das wäre ein wirklich nützliches Projekt, dem ich mich in Dresden gern widmen würde. Das ist Solidarität einmal ganz konkret«, so Jalaß.



René Jalaß

ist 31 Jahre alt, studierter Sozialarbeiter, sitzt noch nicht im Landtag und kandidiert im Wahlkreis 26 – Leipzig Land 4.



Kommunalwahlrecht vereinfachen

Im Landkreis schlugen die Wahlen hoch. Nach den mehrmaligen Absagen von Bürgermeisterwahlen in den vergangenen Jahren waren nun drei Gemeinden von Wahlabstimmungen zur Kommunalwahl betroffen. Der Colt zur Ultima Ratio bei formalen Fehlern sitzt gerade in unserem Landkreis besonders locker. Zum Schaden der kommunalen Mitbestimmung insgesamt.

Natürlich wäre es leicht zu sagen, die Gemeinden, Parteien und Wählervereinigungen seien selber schuld, wenn sie nicht in der Lage sind, Kommunalwahlen korrekt durchzuführen. Häme ist da aber fehl am Platz, denn das Problem liegt tiefer: Das Scheitern an den formalen Hürden offenbart deutliche Defizite im Kommunalwahlrecht, die auf die politische Agenda gehören. Wenn selbst eine große Partei wie die CDU und ganze Kommunen an den formalen Hürden scheitern, wenn das Einhalten dieser Formalien zugebenermaßen allen Parteien immer wieder Herausforderungen bereitet, dann gibt es ein systematisches Problem. Es kann nicht im Interesse des demokratischen Wettbewerbs sein, Parteien und Wählervereinigungen wegen kleinerer formaler Fehler von der Wahl auszuschließen oder in Kommunen wegen heilbarer Verfahrensfehler ganze Wahlen abzusagen. Aus den Erfahrungen der vorangegangenen Wahlabstimmungen gilt es zu lernen. Wir wollen daher eine radikale Vereinfachung des Kommunalwahlrechts erreichen. Ob geringere Quoren zum Wahlantritt oder eine Vereinfachung des formalen Prozesses zur Zulassung einer Liste: Diese Schritte müssen endlich gegangen werden. Da ist der Freistaat in der Pflicht, und dafür haben wir im Landtag die Chance.

Weitere Informationen zu unseren Kandidierenden, unserem Programm und unseren Zielen finden Sie im Internet unter www.dielinke-sachsen.de

Wir wollen Innovatives fördern

Soziale Gerechtigkeit und eine funktionierende Wirtschaft sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, denn es ist klar: Alles, was wir ausgeben wollen, müssen wir zunächst erarbeiten. Sachsen hat gerade in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich sächsische Wirtschaft vor allen Dingen als »verlängerte Werkbank«. Was fehlt, ist eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat.

Wir wollen das ändern, indem wir verstärkt auf die Innovationsfähigkeit der hier ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen. Der Freistaat kann sich hier beim Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten sowie bei der Stärkung der Vernetzung der Unternehmen untereinander engagieren. Daneben soll sich das Land auch an der Kapitalisierung von innovativen Unternehmensgründungen beteiligen können. Eine gezielte Landesförderung zur Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen und ein Landesprogramm zur Fachkräftesicherung werden wir aufbauen.

Von Arbeit muss man leben können. Deshalb wenden wir uns gegen die vorherrschende Niedriglohnstrategie und setzen uns dafür ein, das Vergabegesetz zu überarbeiten. Öffentliche Aufträge werden dann nur noch an Unternehmen vergeben, die Sozial- und Umweltstandards einhalten.

Weitere Informationen

Haben wir Sie neugierig gemacht? Wollen Sie weitere Informationen über unsere Arbeit und unsere Positionen zur Landtagswahl? Natürlich ist in einer solchen Zeitung nie genug Platz dafür, all unsere Positionen darzustellen. Im Internet finden Sie deshalb weitere Informationen und wichtige Termine im Landtagswahlkampf.

Besuchen Sie uns auf unserer Website unter www.dielinke-sachsen.de/landtagswahl

Haben Sie kein Internet? Kein Problem. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, kontaktieren Sie uns einfach postalisch. Schreiben Sie an:

DIE LINKE, Sachsen
Kleiststraße 10 a
01129 Dresden



Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten sozialen Standards. Wir nehmen nicht hin, dass der Anteil von Armut betroffener Menschen in Sachsen zugenommen hat und weiter wächst. Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Mehr als ein Viertel der sächsischen Kinder ist von Armut betroffen, was deren Lebensperspektive von vornherein belastet und die

Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung verstärkt. Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab und verschärft so deren finanzielle Notlage. Immer mehr Landesaufgaben werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen, ohne dass diese vom Freistaat dafür ausreichende Ausgleichszahlungen erhalten. Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch

zu agieren. Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird dabei gerade in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. Wir wollen deshalb den Anteil an Sozialausgaben im Landeshaushalt erhöhen. Insbesondere die Betreuung älterer Menschen muss angesichts einer alter werdenden Gesellschaft sichergestellt werden. Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen und sind

davon überzeugt, dass Schulen, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, genauso wie stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, in staatlicher Hand bleiben müssen. Statt den Schaden zu beräumen, wenn er eingetreten ist, wollen wir präventive Maßnahmen unterstützen. Deshalb wollen wir eine angemessene öffentliche finanzielle Förderung von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen zur Umsetzung des Prinzips Hilfe zur Selbsthilfe erreichen.

Jene fördern, die uns täglich helfen

Stellen Sie sich vor, es brennt, und keiner kommt löschen. Sie brauchen ärztliche Hilfe, aber die bekommen Sie erst nach einer gefühlten Ewigkeit. Sie rufen die Polizei, und es kommt keine. Unvorstellbar? Die sächsischen

freiwilligen Feuerwehren kämpfen mit Nachwuchsproblemen. Die Berufsfeuerwehren – wie aktuell in Leipzig – haben mit Personalnotständen zu kämpfen. Durch den Rückzug des Freistaates aus der Fläche ver-

längern sich Rettungszeiten. Immer häufiger braucht medizinische Hilfe länger als gesetzlich vorgeschrieben. Derzeit gehen mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand, als eingestellt werden. Es steht die Frage im Raum, ob die Polizei heute noch alle ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Diese Situation kann im Zweifelsfall Menschenleben kosten. Genau deshalb muss sich die Situation grundlegend ändern. Wir setzen uns für eine angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche in allen Regionen in Sachsen ein. Deshalb brauchen wir jährlich mindestens 500 neue Polizeibeamte, um die Altersstruktur in der Polizei positiv zu verändern. Um künftig ein Mindestmaß an öffentlicher Sicherheit zu gewährleisten, setzen wir

uns ein, dass in jeder Gemeinde mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle vorgehalten wird. Im Rettungswesen wollen wir ein engmaschiges Netz dezentraler Rettungswachen erhalten und ausbauen. Die derzeit begrenzten Spielräume der Kommunen als Träger der Rettungsdienstleistungen wollen wir erweitern und für deren auskömmliche Finanzierung durch das Land sorgen. Für die Feuerwehr streben wir die Bildung hauptamtlich besetzter Unterstützungseinheiten an, welche gemeindeübergreifend die örtlichen Feuerwehren unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in freiwilligen Feuerwehren wollen wir würdigen und setzen uns u. a. für eine Feuerwehrrente in Höhe von 100 Euro ein.



Mobil sein in Stadt und Land

Mit Bus und Bahn zum Arzt, zum Einkaufen, in die Schule, ins Kino oder einfach nur zu Freunden: Was in den Großstädten in Sachsen möglich ist, wird im ländlichen Raum immer mehr zum Problem. In vielen

Orten im Freistaat hält der Bus nämlich nur noch zwei- oder dreimal am Tag. In den Ferien – also ohne Schulverkehr – wird es noch weniger. Viele Menschen sind aber auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Sie haben kein Auto, dürfen noch nicht oder können nicht mehr mit dem eigenen Kraftfahrzeug unterwegs sein. Dann wird jedoch auch der kleine Abstecker in den nächsten Ort zur schwer zu bewältigenden Tagesaufgabe. Der Weg zur Arbeit lässt sich damit kaum realisieren. Die Attraktivität des Freistaates als Lebensraum nimmt dadurch natürlich ab.

Das wollen wir ändern. Wir sind der Überzeugung: Ein kostengünstiges und barrierefreies Angebot an Bus und Bahn gehört zu einem attraktiven Lebensumfeld dazu. Unser Ziel ist es, in ganz Sachsen gute Anbindungen, schnelle Verbindungen und ein aufeinander abgestimmtes Umsteigesystem zu verwirklichen. Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern muss dabei in jedem Falle kostenfrei werden, denn der Weg zur Schule gehört für uns zum Schulbesuch dazu. Die Angebote und Möglichkeiten von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr und Car Sharing wollen wir at-



traktiv und flächendeckend weiterentwickeln. So wollen wir den Menschen im Freistaat eine Perspektive eröffnen, auf das bisher unverzichtbare eigene Auto auch mal verzichten zu können.



Wir wollen die Regierung stürzen ...

Es sind viele Dinge, die in Sachsen schief laufen: geschlossene Jugendclubs, ein rückständiges Schul- und Benotungssystem, fehlende Mitbestimmung, viel zu viele Nazis, patriarchale Strukturen, Überwachung, kaum Fortschritte in der Inklusion, Leistungsdruck und vieles mehr. Doch wir können mehr als nur fassungslos die Köpfe schütteln: Wir laden dazu ein, gemeinsam mit uns – ob auf der Straße oder vor dem Laptop, ob als Gruppe oder einzeln, ob als Mitglied oder Sympathisant/-in, ob geschlossen oder in freier Assoziation – grundsätzliche Kritik mit dem zu verbinden, was im Kleinen den Freiraum für das Große erweitert. Denn wir wollen raus aus der Lethargie, raus aus der Mitte und hinein ins schöne Leben!

Wir haben uns als Jugendverband zusammengeschlossen, um die Verhältnisse in Sachsen zum Tanzen zu bringen. Das wollen wir nicht nur auf der Straße, im Wohnzimmer oder im Verein, sondern auch im Parlament. Deswegen haben wir ein eigenes Landesjugendwahlprogramm geschrieben, in dem unsere Forderungen für die Landtagswahl ausgeführt wer-



... und noch viel mehr!

Auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen kandidieren (v. l. n. r.) Anja Klotzbücher, Anna Gorskih, Werner Kujat, Marco Böhme, Tom Rumberger und Marie Wendland.

den. Aber nicht nur ein eigenes Programm können wir bieten: Sechs junge Kandidat/-innen stehen auf der Liste der sächsischen LINKEN für den Landtag,

um unsere Forderungen auch ins Parlament zu tragen. Es geht um faire Bezahlung, wenn man schon arbeiten muss. Darum, dass du dir ein

Ticket für den ÖPNV leisten – oder in Zukunft sogar darauf verzichten – kannst, damit du möglichst schnell von Arbeit, Schule, Verein oder Familien-

treffen zum nächsten Planschbecken kommst. Darum, dass alle die Zeit am See genießen können und von Sexismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen verschont bleiben. Darum, dass du über deine Erlebnisse kommunizieren kannst, ohne überwacht oder ausgespäht zu werden. Was du am See zu dir nimmst, soll deine eigenverantwortliche und reflektierte Entscheidung sein, und du sollst keine Angst vor möglichen Repressionen haben. Wir möchten, dass es in Sachsen keine Angst, keine Diskriminierung, keine Verzweiflung und keine Nazis mehr gibt. Wir wollen, dass es mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung und mehr soziale Gleichheit gibt. Wir wollen Sachsen ökologischer, freier und moderner machen. Dafür haben wir in unserem Landesjugendwahlprogramm ganz konkrete Vorschläge. Diese Vorschläge sind zu diskutieren und sicher auch zu verbessern, aber wir wollen sie auch umsetzen – und zwar mit dir! Alle Infos, unsere Forderungen und Kandidierenden findest du auf unserer Website.

www.linksjugend-sachsen.de

Besser lernen

Sachsen ist stolz auf sein Bildungssystem. In den PISA-Umfragen belegt der Freistaat immer wieder obere Plätze im Vergleich der Bundesländer. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeichnet ein anderes Bild: Immer mehr Schülerinnen und Schüler erlangen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Der Anteil lag 2013 bei rund 10,4 Prozent. Also mehr als jede zehnte Schülerin, mehr als jeder zehnte Schüler dieses Jahrgangs blieben ohne Abschluss. Die Zukunftschancen der Betroffenen sind damit mehr als gefährdet. Sachsens Bildungssystem arbeitet zudem an der Leistungsgrenze: So konnten in diesem Jahr die Schulbescheide an die Eltern erst verspätet versendet werden, weil nicht klar war, ob am 1. September vor jeder Klasse auch eine Lehrkraft stehen würde. Im Hau-Ruck-Verfahren versuchte die Staatsregierung, die Lücken zu schließen,

und lobt sich nun dafür, mehr Lehrkräfte als geplant anzustellen. Die Wahrheit ist allerdings: Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer, die in Rente gehen, werden überhaupt ersetzt. Und das bei steigenden Schülerzahlen. Das muss sich ändern. Sachsen kann es sich nicht leisten, einen großen Teil seiner Jugend einfach abzuhängen. Wir wollen deshalb längeres gemeinsames Lernen in kleineren Klassen und eine Förderung von Leistungsschwächeren in den Schulen. Wir wollen mehr Lehrkräfte einstellen, um das Schulsystem insgesamt zu entlasten und Leistungsdruck bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei den Lernenden zu reduzieren. Wir wollen auch die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges stärken, jungen Menschen ohne Schulabschluss die nachträgliche Qualifikation ermöglichen und auch späte Berufsausbildung nach dem 25. Lebensjahr vereinfachen.



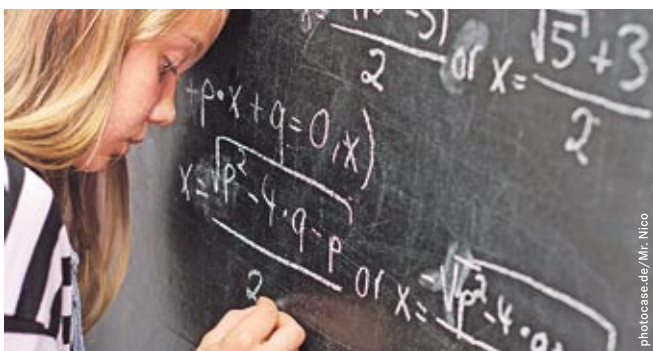
Sachsens Hochschulen fit machen für die Zukunft

Ab 2015 will der Bund die Kosten für das BAföG komplett übernehmen. Dadurch entsteht den Ländern ein finanzieller Spielraum, allein in Sachsen beträgt dieser 85 Millionen Euro. Sinnvollerweise könnte man dieses Geld nun in die Hochschulfinanzierung stecken.

Sachsens Hochschulen haben von jeher eine unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung. So wurden seit 1995 die Betriebskostenzuschüsse für die Hochschulen nicht erhöht. Mehrkosten tragen sie mittlerweile aus ihrem Globalhaushalt. Aktuell stehen 1042 Personalstellen auf der Streichliste. Landesweit regt sich Widerstand dagegen.

Doch statt die Chance zu nutzen, die Mittelausstattung der Hochschulen zu verbessern, legt die Staatsregierung einen »Zukunftsfonds« auf: Zwei Drittel der freiwerdenden Mittel fließen da hinein, der Rest geht den Hochschulen verloren. Und selbst mit diesem Geld können die Hochschulen keine Lücken in ihrem Haushalt stopfen: Finanziert werden dürfen Erstaussstattung, Großgeräte und vieles mehr, was möglichst nichts mit der Grundfinanzierung des wissenschaftlichen Betriebes zu tun hat. Wir wollen deshalb Alternativen zu dieser Hochschulpolitik schaffen: Um die personelle und technische Ausstattung

und die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, wollen wir die staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts erhöhen. Die geplanten Personalkürzungen wollen wir unverzüglich zurücknehmen. Die Studentenwerke wollen wir wieder finanziell bedarfsdeckend ausstatten. Wir werden uns für den Erhalt der Volluniversitäten stark machen und dafür die Fächervielfalt an den Hochschulen zu bewahren. Hochschulen bilden eine wichtige Grundlage der Innovationsfähigkeit Sachsens. Der Freistaat kann es sich nicht leisten, seine Hochschulen finanziell ausbluten zu lassen.



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,



Sachsen ist ein schönes Land. Ich komme gern hierher, genieße die Landschaft, die Kultur, die Herzlichkeit der Menschen. Sachsen hat viel erreicht. Das ist die Leistung aller hier Lebenden.

Umso mehr ärgere ich mich jedes Mal über die Selbstherrlichkeit der hiesigen CDU. Seit fast 25 Jahren herrscht

diese Partei in diesem Land. Bundesweit macht sie mit ihrem ganz speziellen Verständnis »sächsischer Demokratie« Negativschlagzeilen. Den Menschen im Freistaat bietet sie eine Strategie der Niedriglöhne und verkauft Einkommen, von denen man nicht leben kann, auch noch als Standortvorteil. Vom Familienbild will ich erst gar nicht anfangen zu schreiben.

Ich will nicht akzeptieren, dass eine Partei ein Land als ihren Besitz ansieht. Das Land gehört den Menschen, die dort leben. Sie sollen es gestalten können, statt einfach regiert zu werden. Ich will eine Perspektive für alle Menschen im Freistaat, für ein besseres Leben in Sachsen.

Und genau das haben Sie jetzt in der Hand. Gegen die Tristesse und das Einerlei der sächsischen Staatsregierung gibt es ein einfaches Mittel.



Natürlich können Sie auch an andere Parteien denken. Aber wenn Sie für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West sind, müssten Sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Ich bitte Sie: Gehen Sie am 31. August zur Landtagswahl und machen Sie DIE LINKE stark. Auch im Bundesrat brauchen wir andere Stimmen aus Sachsen. Nach 25 Jahren können Sie in Sachsen etwas Neues versuchen.

Ihr
Gregor Gysi

Spenden

DIE LINKE engagiert sich für den Politikwechsel in Sachsen. Wir wollen in Sachsen einmal mehr das Fenster öffnen und frischen Wind hereinlassen. Bis zum 31. August sind wir überall im Land unterwegs, um von unseren Positionen zu überzeugen.

Doch der Wahlkampf kostet natürlich auch Geld. Wir wollen dabei unabhängig bleiben von großen Unternehmen und Banken. Deshalb würden wir uns über Ihre Spende freuen. Das geht ganz einfach.

Konto: 2 719 901 002
BLZ: 850 900 00
Verwendungszweck: Wahlkampfspende

www.dielinke-sachsen.de/spenden

Jetzt für iOS und Android:

Die nd-App



www.neues-deutschland.de/app



neues deutschland
DRUCK VON LINKS

austral. Ureinwohner	Eichmaß	Sache (lat.)	Verständnisaufruf	Klostervorsteher	Holzblasinstrument	Fenstervorhang	dummer Mensch (ugs.)							
Bergmannsuniform	9					Partytanz	Gartenblume							
Zensur			Dauerbezug von Zeitungen		2	3								
Wanderpause		12	Suppenschüssel											
Strom i. Afrika		Seeferelle					14							
ind. Bundesstaat			2	8	1	5								
gedankl. Gehalt			5	1	3	4	8							
			7		6	3	2							
	6		3	4	2	5	8							
			8	2	4	7	3							
Wildpflege	LINKE-Spitzenkandidat		8	4	3	9	2							
			7	3	2		4							
engl. Musical-Komponist	Gewinner	türk. Titel	Das Für Staatshausplan	1	Barockbau in Dresden	Zeremonie	Nordosteuropäer							
							7							
					asiat. Meerrettich Folge									
							8							
Redekunst	11					Handlung								
						Zahl								
alt nord. Prosa			Schwimmvogel											
Bruder d. Falmir			ital. Autor			Tag (span.)	jap. Urbevölkerung							
		5	Backmasse			Einfall	13							
Berliner Spitzname			Nischstadt	10										
Gattung							TROLL							
			Nebenfluss der Maas			jap. Friedensnobelpreisträger								
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

■ Rico Gebhardt lädt in seine Heimatstadt Aue ein: eine Übernachtung für zwei Personen mit gemeinsamem Abendessen, gerne auch mit Besuch eines Heimspiels »seines« Vereins Erzgebirge Aue.



■ ein Halbjahresprint-abonnement von »neues deutschland« im Wert von 200 Euro

■ fünf Strandsets DIE LINKE mit Sonnenbrille, Sonnencreme und Badehandtuch

■ fünf Umhängetaschen »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf T-Shirts »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf Sonderedition-Image-Plakate der Partei DIE LINKE

Die Lösung bitte bis zum 1. September 2014 einsenden an: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Impressum: Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Landkreis Leipzig, Auflage: 50 000
Redaktionsschluss: 26. Juni 2014
Herausgeberin: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden
Telefon: 03 51 / 85 32 70
www.dielinke-sachsen.de
V.i.S.d.P. Antje Feiks. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG / TRIALON
Druck: Dresdner Verlagshaus Druck GmbH